

Fachausschuss EU-Angelegenheiten

Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

SPE-Logo auf SPD-Materialien nach und nach einführen!

Die SPD wird erstmalig für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 die Werbematerialien – insbesondere die Plakate – neben dem SPD-Logo auch mit dem SPE-Logo versehen.

Daneben wird das SPE-Logo auch in das SPD-Parteibuch sowie die „SPD-Card“ eingedruckt.

Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält Informationen über Organisation und Aufgaben der SPE.

Nach Evaluierung der Erfahrungen wird das Logo auch bei weiteren Wahlen, insbesondere zum Deutschen Bundestag, verwandt.

Begründung:

Die SPD bekennt sich zu einem politischen Europa. Laut Grundsatzprogramm ist „Europa unsere Antwort auf die Globalisierung“. Um Europa politisch zu gestalten, bedarf es einer starken Europäischen Sozialdemokratischen/Sozialistischen Bewegung. Das ist die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE). Die Kenntnis über die SPE und ihre Aufgaben und Funktionen ist bislang bei den Mitgliedern, den Medien und in der Bevölkerung unterentwickelt. Eine stärkere Visualisierung kann, zusammen mit mehr Aufklärung, dazu beitragen, diesen Zustand zu ändern. Bei der Parti Socialiste in Frankreich sind die aufgestellten Forderungen bereits Realität.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Parteikonvent möge beschließen:

Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unter Einbeziehung der Grundrechtscharta durch einen neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäischen Politischen Union“ (EPU) ersetzt wird. Dieser ist mit größtmöglicher Transparenz durch einen „Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.

Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass über die Annahme dieses neuen Grundlagenvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden werden kann.

Sobald ein neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird über diesen in Deutschland per Volksentscheid abgestimmt.

Begründung:

Die Debatte der letzten Monate und die zahllosen Verfassungsgerichtsurteile haben gezeigt: So kann es nicht weitergehen. Wir leben im permanenten verfassungsrechtlichen Ausnahmezustand. Scheibchenweise werden Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen nicht überschaubar sind.

Vor lauter Symptombekämpfung gerät der Blick für die eigentlichen Zukunftsfragen aus dem Blick.

Es geht um die Frage, wie die Menschen in Europa zusammen leben wollen. Es geht um das Primat der Menschen über den Markt. Ziel der neuen Grundordnung müssen vergleichbare und angenäherte Lebensbedingungen sein, und eine Eindämmung des Finanzkapitalismus. Und eben kein reines Wettbewerbseuropa, in dem auf einem gemeinsamen Binnenmarkt die Menschen, Unternehmen und Nationen gegeneinander in Stellung gebracht werden. Dafür braucht man keine politische Union.

Für eine echte politische Union brauchen wir neue demokratische Strukturen und auch die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an die europäische Ebene. Dann können wir uns auch eine echte Notenbank und Eurobonds leisten, weil es dann auch eine gemeinsame Kontrolle von Ausgaben, Finanz- und Steuerpolitik gibt.

Wir haben die Zustimmung der Bevölkerung in vielen Fragen verloren. So kann es nicht weitergehen.

Wenn Europa in Zukunft mit einer Stimme sprechen will, dann muss es die Stimme seiner Bürgerinnen und Bürger sein.

Das heißt: Das wird nicht gehen, ohne dass wir unsere Bürger in Deutschland fragen, ob sie diesem neuen Europa ihre Zustimmung geben. Deswegen müssen wir den Prozess zur Erarbeitung einer neuen europäischen Grundordnung einleiten, die am Ende dem deutschen Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Das sind wir Europa, das sind wir der deutschen Bevölkerung schuldig. Es geht um nichts weniger, als Europa demokratisch neu zu begründen.

Wir sind uns bewusst: Dieser Weg ist nicht ohne Risiko. Doch nur der Mutige gewinnt. Wir brauchen den Mut, eine grundlegende Debatte über die Zukunft Europas anzustoßen, unter Beteiligung der Bevölkerung. Wir brauchen den Mut, um Europa neu zu denken.